

„Ich habe gedacht, das wächst raus“

SPIEGEL-Redakteur Paul Lersch über die Bonner Ratlosigkeit vor dem neuen Rechtsradikalismus



NS-Schmierereien*: „Dinge, die man nach der Schreckensherrschaft für unmöglich gehalten hätte“

Wir wollen von niemand mehr . . . ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.

Franz Josef Strauß

Im rheinischen Kerpen, in einer Wahlversammlung von Willy Brandt, stand ein alter Mann auf, erzählte, drei Söhne habe er im Krieg verloren, aus seiner Heimat sei er vertrieben worden, und nun habe er eine Frage an den einstigen Bundeskanzler: Warum er die Ostgebiete weggegeben habe, ohne die Vertriebenen zu fragen? Willy Brandt versuchte zu erklären, aber der Mann konnte ihn nicht verstehen. „Da war gar nichts zu machen“, merkte Brandt bald, „ihm war nicht beizubringen, daß nicht ich, sondern Hitler diesen Teil Deutschlands verspielt hat.“

Ein ehemaliger Nazi? Ein verbohrter Vertriebener, der sich mit der Geschichte nicht abfindet? Wählt er NPD, die Partei der frustrierten Übriggebliebenen oder die CDU, die sich auch noch als Heimat für gescheiterte großdeutsche Träumer anbietet? Oder ist er nur ein Deutscher, der sich mit



* Oben: 1974 auf dem jüdischen Friedhof Mainz; unten: Begegnung amerikanischer und sowjetischer Soldaten 1945 an der Elbe.

Zusammenbruch des NS-Regimes*: Legende von der Stunde Null

dem Verlust der Söhne, der Heimat nicht abfindet, fremdgeblieben ist in der neuen Republik, anfällig für die Wiederkehr einer Vergangenheit, die groß anfang, aber schmachlich endete?

Die Szene aus einem Hinterzimmer in Kerpen macht sichtbar, daß 35 Jahre nach Ende des Hitler-Faschismus untergründig diese Vergangenheit rumort, alte Wunden weiter schwären, neue Aggressionen zum Vorschein kommen.

Also noch immer kein Konsens über ein Stück Geschichte, das nur zwölf Jahre dauerte? Noch immer kein Konsens über ein Gewaltregime, wie es inmitten des zivilisierten Europa unmöglich schien, über einen Krieg, der alle vorhergehenden und alle nachfolgenden an Unmenschlichkeit weit übertrifft?

Der Mann aus Kerpen klagte über ein Schicksal, das er nicht annehmen will. Und immer häufiger und immer lauter lamentieren auch andere, über

Warum also die ganze Aufregung? Ein paar Unbelehrbare — die sterben auch noch aus. Ein paar Junge, die sich mit Hakenkreuzen und NS-Emblemen schmücken, Rabatz machen und „Juda verreckel!“ brüllen — merkwürdig, aber die toben ein bißchen herum und werden schon bald in bürgerlichen Wohnstuben domestiziert.

Die meisten Bürger beunruhigt das ganze Treiben daher auch nicht, soweit sie es überhaupt wahrnehmen.

Es regt auch die Politiker in Bonn, oder wo auch immer im Lande, nicht auf. In Ruhe, so erwies sich — fast immer — in der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik, konnten die etablierten Parteien den Wählerkuchen unter sich aufteilen.

Und jetzt, 1981, hat sich an dieser friedlichen Stimmung etwas geändert? Kaum. Aber was der Parlamentarische Justiz-Staatssekretär Hans de With in der Sitzung des Rechtsausschusses am 17. März 1981 über „kriminelle und

tionsgruppen. Gegen ihn und seine Helfer wird wegen gemeinschaftlichen Mordes, versuchten Mordes und anderer Delikte ermittelt. Fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge werden den Aktionsgruppen zur Last gelegt.

De With: „Bei einem der Anschläge — er richtete sich gegen das von vietnamesischen Flüchtlingen bewohnte Übergangsheim in Hamburg — kamen zwei Menschen ums Leben. Bei einem weiteren — gegen ein zur Unterbringung von Ausländern dienendes Hotel (in Leinfelden) gerichteten — Anschlag wurden zwei Personen verletzt. Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Unterkunft äthiopischer Asylbewerber (in Lörrach) kamen zwei Bewohnerinnen zu Schaden. Zwei Frauen erlitten Verletzungen, als ein von Mitgliedern der ‚Deutschen Aktionsgruppen‘ deponierter Sprengsatz in einer Hamburger Schule explodierte.“

Der Frankfurter Lagerarbeiter Frank Schubert, Angehöriger der bislang kaum bekannten „Volkssozialistischen Bewegung“, hat beim Waffenschmuggel in der Nähe von Etikon an der Schweizer Grenze einen Grenzbeamten und einen Polizisten getötet, zwei Polizisten schwer verletzt und anschließend Selbstmord begangen.

Bei dem bislang schwersten Verbrechen aus dem rechtsextremistischen Bereich, dem Anschlag auf der Münchner Theresienwiese am 26. September 1980, sind 13 Menschen getötet, 219 verletzt worden. De Withs Fazit: „Die vorläufigen Höhepunkte dieser Entwicklung sind die blutigen Aktionen von München, Hamburg und Etikon, bei denen einschließlich der Täter selbst 18 Menschen ums Leben gekommen und über 200 zum Teil schwer verletzt worden sind.“

„Besorgniserregend“ (de With) sind Umfang und Anwachsen des Waffen- und Munitionsarsenals: Sichergestellt wurden über 500 Schusswaffen, darunter 43 Maschinenpistolen, mehr als 27 000 Schuss Munition, nahezu eineinhalb Tonnen Schwarz- und Treibladungspulver, nahezu 20 Kilogramm Sprengstoff, über 120 Granaten und Handgranaten, über 20 teils selbstgebastelte Sprengkörper, 20 Raketen, ferner Minen, Bomben, Flakmunition, Sprengköpfe für Panzerfäuste und anderes mehr.

Auch Innenminister Gerhart Baum vermittelte den Ausschuß-Mitgliedern ein düsteres Bild: „Die Gefährlichkeit des deutschen Rechtsterrorismus liegt nicht nur in der gezielten politisch motivierten Aktion von Gruppen, sondern auch in der latenten Gewaltbereitschaft einzelner.“

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann schilderte den Abgeordneten ausführlich die Indizien, die den 21jährigen Geologie-Studenten aus Donaueschingen, Gundolf Köhler, als Attentäter von München identifizieren, seine Ein-



NS-Führer Hitler, Generäle*: Zwölf Jahre als Heldenepos

die Auschwitz-Lüge, über den Dolchstoß gegen die siegreiche deutsche Wehrmacht, über die Fremdherrschaft eines amerikanischen Marionetten-Regimes. Hitlers zwölf Jahre werden zum Heldenepos.

Aber außer denen, die sich mit ihrem Unmut bemerkbar machen, gibt es viele, die auch nicht begreifen, die rechtfertigen und aufrechnen, die gegen das verordnete Geschichtsbild, das sie anders erlebt, von dem sie anderes gehört haben, aufmucken, die aber still bleiben, allenfalls am Stammtisch mal rausplatzen und dröhnen, ansonsten brav demokratische Parteien wählen, die Union, Liberale oder gar Sozialdemokraten.

terroristische Vereinigungen“ der Rechten berichtete, wäre einige Aufregung schon wert:

Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ plante laut Anklage der Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Geiselnahme einer hochgestellten Persönlichkeit zur Freipressung des in Spandau einsitzenden Rudolf Heß. Weitere Anschläge waren geplant auf die Berliner Mauer, auf KZ-Gedenkstätten, die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg und auf Kasernen der US-Streitkräfte.

Der Bensheimer Rechtsanwalt Manfred Roeder ist nach den Erkenntnissen der Bundesanwälte Rädelführer und treibende Kraft bei der Festlegung der Ziele der sogenannten Deutschen Ak-

* Am 21. 7. 1941 mit Keitel (l.), von Brauchitsch (3. v. l.).

stellungen und Beziehungen zu Rechts-extremisten.

Die Diskussion, die den Vorträgen folgte, verlief deprimierend. Schon siebenmal, wie de With zu Beginn feststellte, ist der Rechtsausschuß einberufen worden, um sich mit Linksextremisten zu beschäftigen, zum erstenmal bot sich nunmehr Gelegenheit, über Rechtsradikale etwas zu erfahren.

Statt dessen wollte der CDU-Abgeordnete Karl Miltner vom Generalbundesanwalt wissen, ob er „Anregungen“ erhalten habe, seine Pressekonferenz nach dem Anschlag auf dem Oktoberfest nicht in München, am Tatort, sondern in Karlsruhe abzuhalten. „An Tatorten“, so Rebmann knapp, „habe ich noch keine Pressekonferenz abgehalten.“

Ob der mutmaßliche Täter Köhler aus der DDR gekommen sei, fragte CSU-MdB Fritz Wittmann. Ja, erklärte Baum, aber es gebe keine Erkenntnisse, daß er „eingeschleust“ sei.

Alfred Dregger erkundigte sich beim Bundesinnenminister über die Beziehungen der Wehrsportgruppe Hoffmann zur PLO, weil ja die PLO „als Instrument für den KGB“ geeignet sei, auch Rechtsextremisten in Deutschland zu unterstützen.

Immer dasselbe Muster: Sobald der politische Gegner sich über rechtsextreme Tendenzen besorgt zeigt, weisen die Unionschristen aufgeregt nach links. Jahrzehntlang wurde in der Bundesrepublik jede Gefahr von rechts geleugnet oder nachsichtig bagatellisiert oder schlicht übergangen. Jeder Versuch einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wurde von jeher ganz schnell erstickt, als Ablenkung angeprangert, als Vorwand benutzt, die Sozialdemokraten der Unzuverlässigkeit zu verdächtigen, sie in die Nähe von Kommunisten oder (linken) Terroristen zu rücken.

Nach einer Emnid-Umfrage im November 1980 glaubten nur noch zwei von fünf Bürgern, die Rechtsradikalen seien „keine Gefahr“ (März 1980: vier von fünf). Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl aber machte sich noch in der Justizdebatte des Bundestages im März dieses Jahres keine Sorgen. Kohl: „Deswegen ist das heute nicht unser Thema“ — er redete über das Lieblingsthema der Rechten, die Linken. Und in einem Brief versicherte er dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, ein Wiederaufleben der braunen Vergangenheit stoße bei seiner Partei auf „entschiedenen Widerstand“.

Widerstand? Nicht mal das sonst übliche Zetern, der Ruf nach Gesetzen. „Was wäre wohl geschehen“, fragte Hans-Jochen Vogel, „wenn Köhler Kontakte zur RAF gehabt hätte?“ Aber der einstige Justizminister will keine voreilige „Schulduzuweisung“. Eher selbstkritisch und ein bißchen erschrocken sinniert er, „mit welcher Geschwindigkeit München wieder aus

dem Bewußtsein verschwunden ist, das geht quer durch“.

Keineswegs läßt sich, wie es zunächst den Anschein hat, das Verhältnis zur Vergangenheit entlang der inneren politischen Frontlinie definieren, so als ob die Sozialliberalen die guten, die anderen die bösen Deutschen wären. In allen Parteien ist bis heute das Bedürfnis nur minimal entwickelt, sich mit den Gespenstern eines ruhmlos untergegangenen Reiches einzulassen. Auffällig ist nur, wie panikartig gerade die Unionschristen der Begegnung ausweichen.

Zumindest bei Sozial- und Freidemokraten aber stellt sich allmählich das Gefühl ein, womöglich sei doch einiges

schnell vergessen, genauso die Toten an der Schweizer Grenze. Allenfalls das Blutbad auf dem Oktoberfest hat vorübergehend ein bißchen Eindruck gemacht.

Wird ein Anschlag verübt, hält sich die Spannung immer nur so lange, bis feststeht, es waren nicht „die“ Terroristen — und damit sind immer nur die Linken gemeint.

Nach den schweren Terrorakten auf dem Bahnhof von Bologna und vor einer Synagoge in Paris demonstrieren Hunderttausende, betroffen, spontan. Und in München? Eine wohlorganisierte „würdige Feier für die Opfer“ (Vogel), mit Bundespräsident, Kanzler und, natürlich, Franz Josef Strauß.



Neonazis in Aktion (1971): „Die Opfer müssen sich beschimpfen lassen“

versäumt worden, vielleicht habe doch die RAF-Hysterie den Blick verstellt. Die Bereitschaft nimmt zu, nach Ursachen für den wachsenden Rechtsextremismus zu forschen, aber auch nachzudenken über die Gründe der bisherigen Gleichgültigkeit oder auch Blindheit.

„Ich gebe zu“, so Annemarie Renger, SPD-Vizepräsidentin des Bundestags, „daß ich die Gefahr von rechts nicht so schlimm gefunden habe.“ Und Hildegard Hamm-Brücher, die FDP-Staatsministerin in Genschers Außenamt: „Ich habe gedacht, das wächst raus. Aber die junge Generation macht mir Sorge.“

Seit einem Jahrzehnt schon ist RAF-Terror Top-Thema in der Bundesrepublik, obwohl die letzten spektakulären Anschläge Jahre zurückliegen. Die ermordeten Vietnamesen des Ausländerwohnheims in Hamburg aber waren

Schon bald kehrte wieder Ruhe ein, Alltag — wie nach einem Straßenbahn-Unfall; man hatte Mitgefühl für die betroffenen Angehörigen, aber keine Angst, kein Gefühl von Bedrohung. Nur das Schicksal hatte zugeschlagen, nicht die Linken. Rechtsradikale haben offenbar nichts Beängstigendes für Deutsche: „Ihr gutbürgerliches Auftreten, ihre Ordnungsvorstellungen machen sie“, wie der Nachfolger Vogels als Justizminister, Jürgen Schmude, zu erklären versucht, „unauffällig.“ Aber er glaubt, „in vielen gutbürgerlichen Kreisen wäre sonst die Erregung ganz anders gewesen“.

So ganz schlüssig vermag niemand das Phänomen zu erklären. Eher herrscht Ratlosigkeit: die Anfälligkeit der Deutschen, die nach 1945 keinen neuen Anfang gefunden haben, statt dessen, wie schon Joseph Goebbels ih-

nen predigte, die Angst vor allen Kommunisten pfl egten. Ein Volk also, das seine Geschichte nicht gelernt, aus der Geschichte jedenfalls nicht gelernt hat. Die Deutschen reagieren wie der Pawlowsche Hund auf jede rote Bedrohung, die Sensibilität für Gefahren von rechts geht ihnen ab. „Die Angst, das Gefühl der Bedrohtheit“, so Schmude, „auch die emotionale Ablehnung des Terrors von links ist weit tiefer verwurzelt.“

So konnten die offiziellen Beschwichtigungen wirken. In den Sicherheitsbehörden saßen ohnehin, wie Kenner wissen, „meist Kommunistenjäger, denen die nötige Motivation für alles andere fehlte“. In den Verfassungsschutzberichten wiederholte sich die stereotype Formel: keine Gefahr; in den letzten Jahren mit dem Zusatz: trotz steigender, auch gewaltsamer Aktivitäten. Immer war nur die Rede von Splittergruppen, Einzeltätern, wenig Organisation, verheerenden Wahlergebnissen für die NPD. Die Neonazis konnten treiben, was sie wollten, kaum jemand außer ein paar Juden oder ein paar Linken regte sich auf.

Sicher, die Mitglieder-Zahlen auch der neuen Neonazi-Gruppen sind alles andere als beeindruckend. Nicht einmal 20 000 sind es. Aber, wie Baum in einem Bericht über die Situation des Rechtsextremismus schildert, gibt es darüber hinaus zahlreiche „Personen, die für rechtsextremes Gedankengut ansprechbar sind“. Sie kaufen Bücher, Traktate und Artikel, die das NS-Reich verherrlichen oder symbolisieren — schwer begreiflich nach der Bilanz der nur zwölfjährigen Hitler-Diktatur: 45 Millionen Opfer des Krieges, der Gefangenenlager und Bombenangriffe; sechs Millionen Juden, Zigeuner, Regimegegner und angeblich Geisteskranke ermordet, Millionen aus der Heimat vertrieben.

In einer Rede vor verfolgten Sozialdemokraten wunderte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt: „Es geschehen Dinge in diesen Jahren und Monaten und Tagen, die man nach dem Ende der Schreckensherrschaft für unmöglich gehalten hätte.“

Brandt zählte auf: „Treffen von SS-Verbänden, KZ-Prozesse, in denen sich Opfer beschimpfen lassen müssen. Ein Neonazi-Prozeß, in dem sich Anwälte herausnehmen, die SPD in gemeinster Weise zu verunglimpfen. Sozialdemokratische Abgeordnete, denen man nachruft, als ‚linke Schweine‘ sollten sie sich in die DDR scheren. Eine jüdische Mitbürgerin, der mit Klage gedroht wird, weil sie — ohne Beweis! — behauptet habe, ihre Verwandten seien vergast worden...“

Die Liste der Verwunderlichkeiten läßt sich beliebig erweitern. Der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt fürchtet vom Ausländerzustrom „Belastungen für unsere Enkel“, nämlich zunehmende Landknappheit und „massive biologische Unterwanderung“. Ein

Pedus packt Probleme an.

Beispiel: Vollverpflegung



Sechs „schmackhafte“ Gründe, sofort mit Pedus zu sprechen.

1. **Kostensenkung** Das System der „Mischküche“ ist sehr kostengünstig, erfordert weniger Personal. Der Lagerumschlag wird gesenkt. Verlust scheidet aus. Verwaltungs- und Investitions-Aufwand entfällt.

2. **Sicherheit** Pedus gibt die Sicherheit der Speisen-Qualität. Die Sicherheit, daß Personal-Probleme entfallen. Sicherheit durch einen festen Tagessatz pro Patient — für ein Pflegesatz-Jahr.

3. **Zeitgewinn** Verwaltungschefs sind häufig überlastet. Pedus nimmt viel Arbeit ab: Verwaltungsaufwand, Lieferanten-Auswahl, Einkauf, Lebensmittel-Kontrolle bis zur Planung und Einstellung von Personal.

4. **Qualität und Vielfalt** Bei der „Mischküche“ werden Frisch-, Halb- und Fertig-Produkte verarbeitet. So wird

ein Optimum an gleichbleibender Qualität erreicht. Pedus bietet komplette Vollkost für Patienten, Heimbewohner und Personal und jede erforderliche Diät.

5. **Unser Team in Ihrer Küche** Pedus hat in jedem Objekt einen verantwortlichen Leiter für die Organisation. Für die Produktion sorgt der Küchenleiter in Ihrer Küche. Für die Diät ist die Diät-Assistentin zuständig. Hinzu kommen ausreichend geschulte Hilfskräfte.

6. **Fachberatung** Pedus bietet kompetente Gesprächspartner, die ständig präsent sind. Sie beraten über Speisenplan-Gestaltung, diätetische Erfordernisse, Küchenplanung, Service- und Tablett-Systeme und alle Fragen des täglichen Ablaufs.



Jürgen Horstmann,
Leiter des
Unternehmensbereichs
Vollverpflegung

Fordern Sie kostenloses Informations-Material an! Unsere Hauptniederlassung in Ihrer Nähe informiert und berät Sie gern.

P. Dussmann GmbH & Co. KG
Dienstleistungsgruppe
Hauptverwaltung
Augustenstr. 115, 8000 München 40
Tel. 089/52 20 51
Telex 05-22 470 pedus

Wir packen für Sie an. Überall in Deutschland. Mit über 16.000 Mitarbeitern an mehr als 300 Standorten in 9 Ländern. Klinikhygiene, Vollverpflegung, Sicherheitsdienste, Gebäudereinigung.

Packen Sie zu.

pedus
international

Wenn Sie was zu sagen haben



Sie wollen im Vortrag überzeugen. Und was Sie zu sagen haben, soll bei Ihren Zuhörern sitzen. Schnell und umfassend.

Medium Tageslichtprojektoren helfen Ihnen, mit weniger Worten schneller zu überzeugen. Egal, ob Sie sich für das Standgerät NV 2 oder das flexibel einsetzbare Modell Traveller entscheiden.

Prüfen Sie den neuesten Stand der Technik und das Top-Design. Denn Medium beweist: Auch Tageslichtprojektoren können schön sein.

MEDIUM

Tageslichtprojektoren.
Führend in Technik und Design.

Rufen Sie uns an – wir beraten Sie gerne.

1000 Berlin Foto-Radio-Wegert 030/25011	3150 Peine Post Bürotechnik 05171/3411	4630 Bochum 7 Otten & Freckmann 0234/292030	5760 Amsberg 1 Radio Kampsschulte GmbH 02932/24560	8580 Bayreuth Friedrich Baier 0921/24024
2000 Hamburg 61 Agentur 78 GmbH 040/581308	3200 Hildesheim Schulbedarf Otto Czech 05121/22575	4780 Lp-Lipperode Lehrmittel E. Häusler 02941/62796	6392 Neu-Anspach Ing.-Büro Schidlowski 06081/7350	8600 Bamberg Medium Vertrieb 0951/204102
2056 Glinde Schaefer & Lau 040/7106374	3360 Osterode Lehrmittel H. Pretzell 05522/2354	4937 Lage-Lippe Fritz Heidbrink 05232/3355	6800 Mannheim Phara GmbH & Co. KG 0621/466210	8650 Kulmbach Hans Herold 09221/4678
2120 Lüneburg Arno Schatz KG 04131/33332	3500 Kassel Erich Schaarf 0561/83051	5000 Köln Kutschera GmbH 0221/528001	7000 Stuttgart Audiovision Rhein-Neckar 0711/638292	8706 Hirschberg Schall Büroorganisation 0931/48096
2170 Hammeor Otto Peschel 04771/3047	4000 Düsseldorf Sigma Audio-Visuell 0211/689030	5300 Bonn Kutschera GmbH 0221/528001	7800 Freiburg Rees Systeme 0761/509288	8720 Schweinfurt W. Soremba KG 09721/1465
2351 Gnutz/NMS Klaus Dieter Natter 04392/2523	4200 Oberhausen Paul Molecki 0208/864993	5400 Koblenz Walter Büttig 0261/76047	7987 Weingarten Voko Bürozentrum 0751/43061	8750 Aschaffenburg Günther Glaab 06021/26934
2913 Augustenhof abs-bürosysteme gmbh 04982/1207	4286 Südlahn Alfred Thies 02862/7358	5650 Solingen Sigma Medienservice 02122/25008	8034 M-Gernsberg Sigma Medienservice 089/843008	Großbritannien Medium Ltd. Welwyn, Herts. 043871/7931
3000 Hannover 91 AVI-Studio GmbH 0511/483088	4300 Essen Audiovision Küllenberg 0201/221351	5800 Köln Kutschera GmbH 0221/528001	8390 Passau Lehrmittel Simon 0851/82770	Österreich Juraczka AV-Systeme 1140 Wien 0222/825687
3100 Celle Haupt jr. Bürozentrum 05141/83045	4420 Coesfeld Foto Lindfeld 02541/4527	5850 Hahnbach HSH Lehrmittel Schödl 09664/529	8451 Hahnbach HSH Lehrmittel Schödl 09664/529	Schweiz Medium AG 8853 Lachen 055/634418
3130 Löhchow Stefan Groneberg 05841/3595	4500 Osnabrück Lehrmittel Ziegler 0541/14992	5850 Nürnberg Sigma Burkholz & Partner 0911/317076		



MEDIUM, Düsseldorf, Lindemannstraße 13, Tel.: 02 11/68 44 83

Programm: Episkope · Thermokopierer · Kopier-Transparente · Projektionsmöbel · Verbrauchsmaterial

Karnevalist reimt sich seinen Ärger über Fassbinders allzu dunkles „Alexanderplatz“-Epos vom Leibe: „So reinigt schnell des Feuers Macht den deutschen Film von finsterner Nacht.“

Erst nach einem Jahre dauernden Streit soll die Düsseldorfer Universität endlich den Namen Heinrich Heines tragen, der schon zu Lebzeiten als vaterlandsloser Geselle und Unruhestifter galt, „zerstörend und zersetzend“, wie der Historiker Heinrich von Treitschke dekretierte.

„Waren die Nazis denn wirklich so sexy?“ fragt, immerhin, die „Welt“ nach Peter Zadeks Revue-Aufführung eines Fallada-Stückes. Eine Münchner Marktfrau erinnert sich in einem gerade aufgeführten Schweizer Film, schöne große Kränze habe sie früher, zum 9. November, dem Nazi-Gedenktag an den Marsch auf die Feldherrenhalle, verkaufen können. Unter Hitler hätten die kleinen Leute noch was zu verdienen gehabt.

Unvergleichliches wüst zusammen-gemixt? Je weiter die blutigste Epoche deutscher Geschichte zurückliegt, um so weniger sind offenkundig die Schrecken nachfühlbar, um so geringer die Scheu, jene Zeit für makabre Scherze, Operetten und Geschäfte auszubeuten.

Daß einst Juden wie Vieh verladen und in Todeslager transportiert wurden, daß die Ideologie von Rasse, von Volk ohne Raum einst Krieg und Vernichtung rechtfertigte, das Verbrennen von Büchern, wie Heine schon wußte, „ein Vorspiel nur“ ist, denn da „verbrennt man am Ende auch Menschen“: Es scheint für viele allzuweit hergeholt, für andere bedrohlich.

Werner Nachmann, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, nennt es einen „Schwund an zeitgenössischem Bewußtsein gegenüber den Leiden unter Hitler“. Und der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg sagt geradeheraus, Deutschland, wo die Freiheit „wie eine Vorschrift“ gehandhabt werde, sei für ihn „kein Staat wie ein anderer“. Noch immer sei ihm an den Deutschen vieles unheimlich, fürchte er, hinter der Fassade von Leistung, Effizienz und Sauberkeit bereite sich neues Unheil vor.

Verständlich, ein solches Bild paßt den meisten Politikern nicht ins sauber zurechtgemachte Konzept. Wie anfällig die Deutschen sind fürs Vorgestern, wollen sie lieber nicht wahrhaben. Brandt hat sein „auf rechts und Ordnung bedachtes Volk“ kennengelernt. Frau Renger gibt heute auch freimütig zu, sie habe „immer die Vorstellung gehabt, wir dürfen das nicht hochspielen, wegen der Wirkung im Ausland“.

Klaus Bölling weiß noch aus seinen Kabinettszeiten, daß es nicht nur darum ging, dem Ausland, zumal dem kommunistischen, keine Vorwände zu liefern. „Die Herren Innenminister“, so Bölling, „waren an der Verharmlosung beteiligt, weil sie spürten, das

Thema war nicht populär, die Leute wollten in Ruhe gelassen werden.“

Daher auch, nicht wegen angeblicher Mängel, blieb im Kanzleramt eine Studie des Münchner Sinus-Instituts unter Verschluss, die ein rechtsextrêmes Potential der Bundesrepublik von 13 Prozent ermittelte. Zudem aber hatten die Sinus-Befrager noch etwas Beunruhigendes festgestellt: 37 Prozent der Bevölkerung, die keineswegs wie die Radikalen die Demokratie ablehnen, sind gleichwohl anfällig für die Verführungskünste eines starken Mannes, für Ordnung und Durchgreifen.

Bitter räsoniert der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Schöffberger über den „Urschlamm der deutschen Seele“, aus dem der Nationalsozialismus hervorkroch und der nach wie vor wabert: „Autoritätsgläubigkeit und Gefolgschaftstreue, nationale Ressentiments und Großmannssucht, Fremdenhaß und Intoleranz gegenüber Minderheiten, Gewaltpädagogik und Duckmäuserei, Sucht nach Ruhe und Ordnung und nach dem starken Mann wuchern doch nach wie vor an deutschen Stammtischen wie in Leitartikeln“ — und, wäre hinzuzufügen, auch in manchen Reden, die aus der Union zu vernehmen sind.

Als 1970 Alex Möller im Bundestag die CDU/CSU in die geistige Nähe der Urheber des Zweiten Weltkrieges rückte, verließen die Unionschristen beleidigt den Saal. Aber es ließe sich eine ganze Chronologie zusammenstellen, die immer wieder Affinitäten und Absonderlichkeiten aufzeigt.

Es waren Christdemokraten, die über den damaligen SPD-Chef Erich Ollenhauer verbreiteten, er sei „Jude oder Halbjude“, so erregte sich der Kronju-



CSU-Vorsitzender Strauß: Kraftmeierei aus dem Urschlamm

rist der SPD, Adolf Arndt, am 25. April 1958 im Bundestag. „Und da kann man doch eigentlich so einen Mann nicht zum Bundeskanzler wählen“, zitierte Arndt weiter „eines der entscheidenden Untergründereignisse im Wahlkampf“.

Und als Karl-Heinz Hansen in der letzten Verjährungsdebatte 1979 einige bemerkenswerte Vorgänge aufzählte, die ihn beunruhigten, die Berufsverbote, die Flugblätter, auf denen behauptet wird, das Tagebuch der Anne Frank sei das „Produkt einer jüdischen anti-deutschen Greuelpropaganda, um die Lüge von den sechs Millionen Juden zu stützen“, da fuhr, genau an dieser Stelle, der CDU-Abgeordnete Anton Stark

aus Nürtingen entgeistert dazwischen: „Wann gründen Sie eine neue Partei?“

Nicht Antisemitismus in der Union sollen solche Geschichten belegen, wohl aber Untergründigkeiten, wie sie immer wieder, durch die Jahre, vor allem dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß unterlaufen.

Im Urschlamm hat gerade er seine Wurzeln, findet Schöffberger: „Man lese nur die Sonthofener Rede oder höre seine fast alltäglichen Kraftmeiereien — und weiß Bescheid.“

Immer wieder erliegt der CSU-Chef — wie mancher seiner Freunde — „der Versuchung, unterschwellig böse Emotionen zu schüren“ (Brandt). Nach dem Muster der Neonazis, die den „Holocaust“-Film („Holokotz“) als „Volksverhetzung“ hinstellen, sah Strauß darin „Anzeichen für eine wachsende anti-deutsche Welle“.

Da wird der Kanzler Helmut Schmidt als „williges und lautstarkes Sprachrohr der kommunistischen Diktatoren in Moskau“ vorgeführt, Brandt eine „notorisch deutschfeindliche Einstellung“ attestiert, im Fernsehen macht „eine Handvoll kommunistisch infizierter Intellektueller die öffentliche Meinung“. Propaganda der Neonazis? Nein — Kraftsprüche von Unionschristen, nicht nur von Strauß.

Politiker aller Couleur können sich ziemlich schnell auf eine Patent-Erklärung für Ausfälligkeiten und Anfälligkeiten der anderen einigen. „Merkwürdig geschichtslos“ findet SPD-Vogel sein Volk, für die Liberale Frau Hamm-Brücher ist die Geschichtslosigkeit „eine der sorgenvollsten Entwicklungen“. „Ohne Wenn und Aber“ müsse vor der jungen Generation über die Geschichte gesprochen werden, pflegt der CDU-Vorsitzende Kohl zu dozie-



NS-Revue*: „Waren die Nazis wirklich so sexy?“

* „Jeder stirbt für sich allein“ nach dem Roman von Hans Fallada in der Inszenierung von Peter Zadek am Berliner Schillertheater.

ren, „nichts beschönigen, nichts dramatisieren“.

Geschichte aber ist im politischen Alltag meist nur in handlichen Verstümmelungen, in nützlichen Verdrehungen brauchbar, um den Andersdenkenden eins auszuwischen. Geschichte dient auch, in passenden Portionen bei feierlichen Anlässen, unumgänglichen Jahrestagen, in Wochen der Brüderlichkeit dekorativ als Bildungsgut. Staatsmänner tun bisweilen den reumütigen Griff in die Geschichte, um die Stimmung bei schwierigen Gesprächen aufzubessern oder auch die eigenen Ziele durchzusetzen.

Geschichtsfetzen hervorholen, um den Gegner in eine Ecke zu drücken, an diesem beliebten Spiel beteiligt sich auch Kanzler Schmidt durchaus: In einer Feiertagsrede vor der jüdischen

CSU-General Edmund Stoiber berei-
tete das Nazi-System für den letzten
Wahlkampf kurzerhand zu einer „Va-
riante des Sozialismus“ auf. Strauß fiel
zu dem Thema natürlich auch allerlei
ein: „Im Grunde ihres Herzens“, wußte
der Bayer zu berichten, seien auch Hit-
ler und Goebbels Marxisten gewesen.

Franz Ludwig Schenck Graf von Stauffenberg, CSU-MdB und laut Willy Brandt „der kleingeistige Sohn eines bedeutenden Vaters“, bestritt dem einstigen Kommunisten Herbert Wehner das Recht, in der Gedenkstätte Plötzensee eine Rede zu halten. Die Widerstandskämpfer des 20. Juli versuchte er so „für die Rechte zu okkupieren und antisozialistisch auszuschlachten“ (Brandt).

Bei derlei Geschichtslektionen wird stets der Eindruck erweckt, die Weima-

Manche Abgeordnete bewältigten die jüngste Vergangenheit auf eigenwillige Weise; sie rühmen sich im Bundestagsbandbuch ihrer Heldentaten: „Bei Kriessende Oberleutnant z.S.d.R. auf einem Torpedoboot“, berichtet Uwe Ronneburger (FDP). Adolf Müller-Emmert (SPD) läßt sich als „Kampf- und Sturzkampfflieger“ feiern. „Mehr-mals ausgezeichnet und verwundet“ wurde Alois Rainer (CSU), ähnlich Heinrich Windelen (CDU), „mit EK II und Bronzener Frontflugsange“ sogar Friedrich Gerstl (SPD).

Selten ein Vermerk wie der hinter dem Namen von Egon Franke (SPD): „Strafeinheit 999“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

Bei dem Versuch der Erhellung solcher Abgründigkeiten immer wieder ähnliche resignierte Antworten. Frau Hamm-Brücher: „Wir haben keine Revolution gehabt, einen Selbstreinigungsprozeß hat es nicht gegeben. Die Demokratie ist nicht selbst erkämpft.“ Hansen: „Es hat den Willen zur Umkehr nicht gegeben, keinen Konsens über die Demokratie. Sie wurde aufgezungen.“

Die Väter des Grundgesetzes wollten natürlich Lehren aus dem Verfall der Weimarer Republik ziehen, Vorsorge gegen Zersplitterung der politischen Kräfte treffen. Ein quasi legales Ende der Demokratie sollte nicht wieder möglich sein. Vor allem aber knüpfte das Grundgesetz wieder an die erste Republik an, wollte den radikalen Bruch mit der vorausgegangenen Diktatur.

Übrig geblieben ist von alledem nur die Angst vor jeglicher Störung der Gemütsruhe, sei es durch Inflation oder Radikale. Bei Rabatz in den Städten kriegten viele das Gefühl, das halbe Chaos sei ausgebrochen. Den Terror der Straße finden sie offenbar unheimlicher als den Terror des Staates. Die mangelnde Gelassenheit in diesen Fragen ist nach Ansicht des einstigen NRW-Innenministers Burkhard Hirsch „ein Erbe von Weimar“; die jüngere Vergangenheit aber rückte in immer weitere Ferne. „Am 8. Mai 1945 hat sich nicht der Boden aufgetan, um alles Braune ohne irgendwelche Rückstände zu verschlucken“, stellt Schöffberger fassungslos fest. Auch die Ideologie des Nazismus sei nur „äußerlich widerlegt, als innerer Krankheitszustand ist sie geblieben und vielfach verschleppt“.

Darüber herrscht inzwischen sogar ein gewisses Einverständnis, daß der Zusammenbruch keineswegs den Bruch mit dem Dritten Reich brachte.

Die Legende vom Neubeginn in der Stunde Null, für den Linken Schöfberger ist sie die „Lebenslüge unserer Bundesrepublik“. Für die Liberale Hamm-Brücher ist die verpaßte Chance „die Tragödie der Urzeugung dieser Demokratie“. Die selbstquälerischen und quälenden Auseinandersetzungen, die Rechtfertigungen und Beschimpfungen seit Bestehen der Bundesrepublik, sind anders gar nicht zu begreifen.



Rattenjagd auf deutsch

Gemeinde in Köln sortierte er die Linken von heute zu den rechten Schlägern der dreißiger Jahre. Ihn störte wohl gar nicht, daß Franz Josef Strauß, unter Geheul der Sozialdemokraten, seine lautstarken Gegner im letzten Bundestags-Wahlkampf nach genau demselben Muster abstempelte: „Die besten Nazis, die es je gab.“

Diese Methode, Mißliebiges bis zur Beliebigkeit durch Assoziationen — je nachdem zu Juden, Nazis, Kommunisten und Pogromen — herabzusetzen, ist vornehmlich eine Fertigkeit der Konservativen und vielfach erprobt beim Auseinandernehmen historischer Zusammenhänge.

Der kleine und mittlere Einzelhändler, erregte sich jüngst der Professor Helmut Schoeck, sei heute „angesichts des Mobs in den Straßen in seiner wirtschaftlichen Existenz so gefährdet wie ein jüdischer Einzelhändler im Deutschen Reich des Jahres 1938“.

rer Republik sei zwischen Nazis und Kommunisten aufgerieben worden. Helmut Kohl beteuert bei jeder passenden Gelegenheit, Radikalismus von rechts und links sei gleich schlimm.

Historiker sehen die Geschichte ganz anders. In den Suhrkamp-„Stichworten zur Geistigen Situation der Zeit“ schreibt Hans Mommsen: „Dabei wird unterschlagen, daß es das Bündnis Hitlers mit den konservativen Machtelementen im Umkreis von Hindenburg war, das diesem das Reichskanzleramt eintrug.“

In der Rückschau hat sich bei vielen der Sinn des Grundgesetzes verschoben. Es scheint oft so, als gelte es, nicht die Nazizeit, sondern die Weimarer Republik zu bewältigen. Vor allem in konservativen Köpfen wirkt die Zeit vor 1933 mit ihren vielen Parteien, Kämpfen und Konflikten weit abschreckender als das NS-Regime, das mit Gewalt für Ruhe und Ordnung sorgte.